

## Presseunterlage zur Pressekonferenz der Plattform der Bürgerinitiativen gegen die Westringautobahn A 26

Dienstag 18.8.2009

10h00

AEC, Restaurant Cubus

Thema:

**Einsprüche im aktuellen UVP-Verfahren A 26  
Westringautobahn**

**Über 10.000 Bürgerinnen und Bürger haben sich beteiligt!**

Anlass:

Die Einspruchsfrist im UVP-Verfahren endete am 13.8.2009. Aus diesem Anlass wollen wir die Medien über den derzeitigen Stand informieren.

Beteiligte Bürgerinitiativen (BI):

Folgende Bürgerinitiativen haben im Rahmen der Plattform Parteistellung beantragt:

- **BI gegen die Westring-Transitautobahn mitten durch Linz**
- **BI Rettet das Donautal**
- **BI Nein zum Westring**
- **BI Lebensraum Linz**
- **BI Keferfeld**

Von folgenden BI hat die Plattform Kenntnis, dass Parteistellung beantragt wurde:

- **Puchenuer BI gegen die Westring-Transitautobahn**
- **BürgerInneninitiative gegen den Bau der A26**
- **BI Urfahr-Rothenhof**

Anzahl der Unterstützungsunterschriften:

Ohne die beiden letztgenannten BI wurden knapp unter 10.000 Unterschriften abgegeben. Mit den BI Puchenu und Urfahr-Rothenhof sind es ungefähr 10.600.

Damit würde die Plattform der BI gegen die Westringautobahn - sofern sie politische Partei wäre - ungefähr xy (Anm: Kann das jemand von Euch bewerten?) Gemeinderatsmandate bei der Linzer Gemeinderatswahl gewinnen. Sie ist somit eine politische Größe geworden. Wir danken an dieser Stelle den vielen freiwilligen Helfern und Mitarbeitern, die in ihrer Freizeit und auf ihre eigene Kosten Informationsveranstaltungen, Pressekonferenzen und Aussendungen organisiert, behördliche Eingaben verfasst und damit zu diesem Riesenerfolg beigetragen haben.

Weitere Einwendungen:

Von folgenden renommierten Organisationen wurden weitere Einwendungen erhoben:

- **Umweltdachverband**
- **Global 2000**
- **Ökobüro**
- **Naturschutzbund**
- **Umweltanwaltschaft des Landes OÖ**
- **Stadt Linz**
- **Gemeinde Puchenuau**

Weitere Vorgangsweise:

Trotz der Ferienzeit - und darauf sei besonders hingewiesen, die Linzer und Linzerinnen lassen sich trotz der Urlaubszeit nicht von Ihrem Protest gegen dieses Projekt abbringen - langen täglich immer noch stoßweise Unterschriftenlisten ein. Unterschriften werden weiterhin gesammelt.

Die erste Welle der Plakataktion läuft (Pöstlingberg, Freinberg, Harbach, Donautal). Ein Plakat wurde mutwillig zerstört, Strafanzeige wurde erstattet.

Bei einer bis vor kurzem offenen Befragungsaktion im Internet sprachen sich 67 % gegen und nur 33 % für die (\**Notwendigkeit der*) Westringautobahn aus.

**Dies, obwohl von Seiten der Wirtschaftskammer Oberösterreich, Referat Verkehrspolitik, eine Rundmail mit dem Apell mit „JA“ zu stimmen ausgesendet worden ist!**

(\* Die Frage lautete Braucht Linz ...

Im UVP-Verfahren werden eigene Gutachter bestellt und der Behörde zur Bewertung vorgelegt.

Wir setzen weiterhin auf Information der Bevölkerung, die immer noch nicht weiß, was mit der A 26 auf sie zukommt. Die Stadt Linz und das Land Oberösterreich werden in diesem heißen Wahlkampfherbst der

Bevölkerung viele Fragen beantworten müssen, wie zum Beispiel:

**LKW-Transit- und Binnenverkehr Ostsee-Adria mitten durch Linz mit der Komplettierung des Westrings.**

**Verschönerung von umweltschutzrelevanten Zahlen durch die Splittung von Einreichunterlagen der Westringautobahn in einen Süd- und in einen Nordteil (Bemerkung: Planfall 10, Planfall 9)**

**6 Jahre intensivste Bauzeit mit permanenten Erschütterungen durch Sprengungen, die auch in der Nacht erfolgen sollen..**

**Schadstoffbedingte Unbewohnbarkeit mancher Stadtgebiete im Falle des Baues**

**Grenzwertüberschreitungen in Bezug auf Lärm- und Luftschadstoffe.**

**Zerstörung des geschützten Donautals durch 2, insgesamt 7-spurige Autobahnbrücken, und 8 Tunnelöffnungen**

**Kosten von mehr als 1,4 Milliarden Euro - gerechnet mit den Finanzierungskosten mitten in der Krise**

**usw, usw, usw.**

Im UVP-Verfahren werden eigene Gutachter bestellt und der Behörde zur Bewertung vorgelegt.

Wir setzen weiterhin auf Information der Bevölkerung, die immer noch nicht weiß, was auf sie zukommt. Die Stadt Linz und das Land Oberösterreich werden in diesem heißen Wahlkampfherbst der Bevölkerung 6 Jahre Bauzeit, durch Lärm unbewohnbare Stadtgebiete, Feinstaubüberschreitungen, eine 7-spurige Autobahnbrücke im geschützten Donautal und Kosten von mehr als 1,4 Milliarden Euro - gerechnet mit den Finanzierungskosten - mitten in der Krise erklären müssen.